

Niederschrift über die Sitzung Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 26. Januar 2012, 15:00 Uhr, St. Willehad-Hospital , Nr. 1/2012

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied BASU-Fraktion

Grundmandat Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied FW-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied "Die Linke"

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung Gesundheit Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung Soziales Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Stellv. Fachbereichsleiter 50 Peter Albers
Abteilungsleitung 50-01 Dieter Kilian
Volker Osterkamp (GAQ)

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste

Thomas Gomille (St.-Willehad-Hospital)
1 Pressevertreterin
4 ZuhörerInnen

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Ursula Biester

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24. November 2011
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates **9/2012**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Vorstellung des St. Willehad-Hospitals mit den angeschlossenen Einrichtungen/Situation der Krankenhäuser in Wilhelmshaven (Vortragender ist der Kaufmännische Direktor, Herr Gomille)
- 5.2 Bericht über die Situation der Pflegeeinrichtungen in Wilhelmshaven durch den Sachgebietsleiter der Altenhilfe, Herrn Kilian
- 5.3 Sachstand zu den Kosten der Unterkunft
- 5.4 Bürgerarbeit (Herr Osterkamp wird noch einmal Stellung zu Fragen der Ausschussmitglieder nehmen)
- 5.5 Sachstand zur Vereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Wilhelmshaven

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24. November

2011

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.11.2011 wird genehmigt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates

9/2012

Herr Stoffers erläuterte die Beschlussvorlage.

Herr Möhle fragte nach, warum die „Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe“ mit 2 Vertretern in den Behindertenbeirat berufen werden sollen, wenn andere Organisationen lediglich mit einer Person vertreten sind.

Herr Albers erklärte, dass man im Beirat die Betroffenen selbst verstärkt zu Wort kommen lassen wolle. Dies sei durch die Interessengemeinschaft gewährleistet.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Anregung des Behindertenbeirates werden 2 Vertreter der „Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe“ in den Behindertenbeirat berufen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung des St. Willehad-Hospitals mit den angeschlossenen Einrichtungen/Situation der Krankenhäuser in Wilhelmshaven (Vortragender ist der Kaufmännische Direktor, Herr Gomille)

Herr Gomille stellte die einzelnen Bereiche der St.- Willehad -Hospital gGmbH vor und erläuterte die Aufgliederung des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ).

Die einzelnen Daten können im Internet unter www.willehad.de eingesehen werden.

Anschließend schilderte Herr Gomille die Situation der Krankenhäuser in Wilhelmshaven.

In der Vergangenheit sei es leider nicht zu einer Kooperation zwischen den beiden Wilhelmshavener Kliniken gekommen. Nun herrschten bessere Voraussetzungen für eine intensivere Zusammenarbeit. Gespräche würden zwischen dem RNK und Sanderbusch bereits geführt, das St. Willehad Hospital sei dabei allerdings etwas separiert. Herr Gomille wünschte sich eine bessere Kooperation und Nutzung der bestehenden Potentiale. In Wilhelmshaven würden viele Bereiche doppelt abgedeckt und man nehme sich gegenseitig Patienten weg. Dies würde in Oldenburg seit Jahren besser abgestimmt. Es müsse zwischen den Kliniken eine Schwerpunktbildung vereinbart werden.

Herr Möhle stimmte überein, dass die Eiszeit in der Vergangenheit bis zur letzten Kommunalwahl personenbezogen war. Eine Spezialisierung sei aus seiner Sicht notwendig, v.a. im Hinblick auf die Personal- und Gerätekosten.

Frau Bakir fragte an, ob die MitarbeiterInnen bei diesen Überlegungen geschützt seien.

Herr Gomille antwortete, dass es für Überlegungen in diesem Bereich noch zu früh sei. Ein Abwerben von gefragtem Fachpersonal finde allerdings schon heute statt.

Frau Linsen-Steiner sah in der ärztlichen Versorgung im Bereich der Stadt im Vergleich zum Umland einen großen Standortvorteil, mit dem man auch für die Zukunft werben könne.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass man in diesem Ausschuss nicht für den Krankenhausbereich zuständig sei. Man könne die Thematik deshalb nicht in der nötigen Qualität behandeln. Er bewertete die Tagung im St. Willehad Hospital allerdings als positiv. Die Abschottung der einzelnen Krankenhäuser habe sich in der letzten Zeit gelockert. Der Oberbürgermeister habe ein Interesse daran, dass es eine Kooperation zwischen den Krankenhäusern in dieser Region gebe. Das Zusammenschließen erfordere sehr viel anspruchsvolle Planung. Man solle eine bestmögliche Versorgung mit vernünftigen wirtschaftlichen Grundlagen anstreben.

Herr Reese stellte fest, dass sich in der letzten Zeit schon einiges in eine positive Richtung geändert habe. Die Krankenhäuser seien um alle Patienten gleich bemüht, ohne Rücksicht auf die Versicherungsverhältnisse.

5.2 Bericht über die Situation der Pflegeeinrichtungen in Wilhelmshaven durch den Sachgebietsleiter der Altenhilfe, Herrn Kilian

Herr Kilian informierte, dass es in Wilhelmshaven zur Zeit 23 Altenpflegeheime bzw.-abteilungen, 2 Altenheime, 1 Kurzzeitpflegeeinrichtung, 2 Tagespflegeeinrichtungen und 5 Einrichtungen des Betreuten Wohnens gebe.

Die Zahlen mit Stand vom 24.01.2012:

Altenpflegeeinrichtungen

1.136 Plätze in der **vollstationären** Pflege, die sich wie folgt gliedern:

538 Einzelzimmer mit	538 Plätzen = 47,36 %
291 Doppelzimmer mit	582 Plätzen = 51,23 %
4 Drei-Bett-Zimmer mit	12 Plätzen = 1,06 %
1 Vier-Bett-Zimmer mit	4 Plätzen = 0,35 %

Davon waren am 24.01.2012 insgesamt 1.109 Plätze (97,62 %) belegt, so dass faktisch 27 Plätze (2,38 %) frei wären, aber durch Vermietung von 3 Doppel- als Einzelzimmer gibt es zur Zeit 24 Plätze (2,11 %), die belegt werden können.

Altenwohnanlagen

161 Plätze, davon 155 belegt und somit 6 frei

Betreutes Wohnen

307 Plätze, davon 299 belegt und somit 8 frei

Kurzzeitpflegeeinrichtungen

Es gibt eine Kurzzeitpflegeeinrichtung mit 7 Plätzen.

Tagespflegeeinrichtungen

Es gibt 2 Tagespflegeeinrichtungen mit je 15 Plätzen, die einen durchschnittlichen Auslastungsgrad zwischen 85 und 95 % haben.

Herr Kilian informierte zu den **Ausbau- bzw. Neubauabsichten**:

Auf dem ehemaligen Schulgelände beim St. Willehad Hospital entstehe nach den Planungen ein Altenpflegeheim mit 115 Plätzen.

Das ehemalige Gebäude der Neuengrodener Schule werde ebenfalls zu einem Altenpflegeheim mit 47 Plätzen umgebaut, allerdings mit dem Schwerpunkt der Betreuung gerontopsychiatrisch erkrankter Menschen.

Das Pauline-Ahlsdorff-Haus werde seine Fachabteilung für dementiell erkrankte Menschen um 30 Plätze erweitern. Die Ausbauarbeiten begannen im November 2010 und würden sich zusammen mit einer grundlegenden Renovierung und Sanierung des Altbaubestandes über einen Zeitraum von gut drei Jahren hinziehen. Der Ausbau mit den 30 neuen Plätzen soll nach den Planungen am 01.04.2012 in Betrieb gehen.

Zwei Einrichtungen mit insgesamt 30 Plätzen hätten inzwischen ihren Betrieb eingestellt, ein Betrieb aus Altergründen und ein Betrieb aufgrund einer Insolvenz. Bei der Kurzzeitpflege seien keine Neubauabsichten bekannt.

Die auf dem südlichen Grundstücksbereich des Pauline-Ahlsdorff-Hauses befindliche Einheit des betreuten Wohnens mit 29 Wohneinheiten sei voll belegt.

Eine weitere Einheit mit 11 Wohneinheiten befinde sich für den Stadtnorden in Planung, nähere Termine zur Fertigstellung seien nicht bekannt. Eine weitere Einrichtung sei auf dem ehemaligen C & A Gelände mit über 70 Wohneinheiten geplant. Zu diesem Vorhaben seien keine weiteren Einzelheiten bekannt, da die Heimaufsicht lediglich für Pflegeeinrichtungen zuständig sei.

Zur Fachkraftquote :

Bei 651 Arbeitsplätzen in der Pflege insgesamt fehlten 20 Pflegefachkräfte.

9 Häuser erfüllten die Quote nicht. Man habe Schwierigkeiten, Fachpersonal zu finden. Bundesweit fehlten 28.000 Fachkräfte im stationären Bereich.

Der Ausschuss war sich einig, dass der Beruf attraktiver gemacht werden müsse, um den dringend benötigten Nachwuchs anzuwerben. Hinweise auf den

Fachkräftemangel gebe es schon lange, es sei zu wenig für das Image des Berufsbildes getan worden.

Frau Meyer-Machtemes verdeutlichte, dass die Stadt keinen Einfluss auf den Bau der Einrichtungen habe. Man könne lediglich über die Bauanträge entscheiden. Die Politik müsse sich überlegen, ob die Kommunen einen größeren Einfluss in diesem Bereich erhalten sollen.

Herr Kilian erklärte, dass sich die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht habe und man die Kosten dafür in bestimmten Grenzen auf die Pflegekosten umlegen könne. Beim Pauline-Ahlsdorff-Haus habe man derzeit 10 -12 Auszubildende.

Auf Frau Kolbes Frage erläuterte Herr Kilian, dass man bei der Pflege nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ handle. Die Pflegebedürftigen sollten so lange wie irgend möglich zu Hause behandelt und ein Versorgungsnetz eingerichtet werden, erst als letzte Möglichkeit komme das Pflegeheim in Frage, wobei je nach Einkommenssituation ein Zuschuss vom Sozialamt gezahlt werde.

Die durchschnittliche Verweildauer im Heim betrage ca. 3 Monate.

Die Pflegesätze seien im Internet auf der Homepage der AOK unter „Pflegenavigator“ zu finden.

5.3 Sachstand zu den Kosten der Unterkunft

Herr Sieberns informierte, dass das alte Gutachten zum 31.12.2011 ausgelaufen sei (s. TOP 4.5 der Sitzung vom 24.11.2011). Das IWU-Institut habe angekündigt, in den nächsten Tagen das neue Gutachten und damit auch die neuen Miethöchstbeträge vorzulegen. Es sei schon abzusehen, dass sich in sämtlichen Personengruppen Erhöhungen ergeben. Sobald die neuen Daten vorliegen, würde das Jobcenter umgehend informiert, um die Anpassungen rückwirkend ab 01.01.2012 vornehmen zu können.

5.4 Bürgerarbeit (Herr Osterkamp wird noch einmal Stellung zu Fragen der Ausschussmitglieder nehmen)

Herr Osterkamp betonte, dass die Bürgerarbeiter wie jeder andere Arbeitnehmer auch, der ergänzende Leistungen nach dem SGB II erhalte, behandelt würden. In § 11b SGB II seien Freibeträge genannt, die nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden dürften.

So seien die ersten 100,- € grundsätzlich frei, bei 100,01 bis 1.000,- € : 20 % und bei 1.000,01 bis 2.000,- €: 10 %:

§ 11b SGB II Absetzbeträge

(3) Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die erwerbstätig sind, ist von dem monatlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit ein weiterer Betrag abzusetzen. Dieser beläuft sich

- 1.für den Teil des monatlichen Einkommens, das 100 Euro übersteigt und nicht mehr als 1 000 Euro beträgt, auf 20 Prozent und
- 2.für den Teil des monatlichen Einkommens, das 1 000 Euro übersteigt und nicht mehr als 1 200 Euro beträgt, auf 10 Prozent.

Anstelle des Betrages von 1 200 Euro tritt für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die entweder mit mindestens einem minderjährigen Kind in Bedarfsgemeinschaft leben oder die mindestens ein minderjähriges Kind haben, ein Betrag von 1 500 Euro.

Der Gesetzgeber habe die Intention, dass derjenige, der seinen Lebensunterhalt selbst verdient, mehr haben muss, als derjenige, welcher ausschließlich von Transferleistungen lebt. Man stehe sich durch die Bürgerarbeit in keinem Falle schlechter als mit reinen Transferleistungen.

Das Einkommen werde zunächst auf die Regelleistungen angerechnet, der verbleibende Rest erst auf die Unterkunftskosten, weshalb die Stadt erst später entlastet würde.

Herr Stoffers ergänzte, dass die Stadt die Bürgerarbeiter unter Zahlung von Tariflöhnen einstellen wollte, um sie unabhängig von Hilfen des Jobcenters zu machen. Allerdings müssten jetzt doch noch in bestimmten Fällen ergänzende Unterkunftskosten gewährt werden.

Herr Osterkamp erklärte, dass der Nutzen der Bürgerarbeit höher zu bewerten sei, als die nicht ganz erreichten Einsparungen. Die angestrebten 100 Plätze seien fast alle belegt.

Sollten Personen das Gefühl haben, zu wenig Leistungen zu erhalten, könnten sie sich gerne mit der GAQ in Verbindung setzen, um dies nachrechnen zu lassen. Man habe mit dem Jobcenter Gespräche geführt, um ein Feedback der Bürgerarbeiter zu ihrer Beschäftigung zu erhalten.

5.5 Sachstand zur Vereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Wilhelmshaven

Herr Möhle fragte nach dem Sachstand und verwies auf das Protokoll vom 27.01.2011 / Nr. 01/2011 TOP 4.1.

Herr Osterkamp informierte, dass die GAQ weiterhin ihren Sitz am Totenweg habe, weil der Leistungsbereich des U25-Personenkreises nicht der GAQ zugesprochen wurde. Für einen Standortwechsel an die Herderstrasse sei dies als Voraussetzung genannt gewesen.

Herr Stoffers unterstrich dies und erklärte, dass sich Herr Hempfling diese Umstrukturierung in den Verhandlungen nicht vorstellen konnte.

Herr Möhle bat um die Umsetzung der regelmäßigen Information (Ergebnisse und Zielplanungen) des Ausschusses durch den Geschäftsführer des Jobcenters.

Herr Stoffers erklärte, dass Herr Burkert grundsätzlich bereit sei, diese Informationen zu geben.

Herr Möhle fragte nach, ob die geplanten Gespräche mit klagewilligen Kunden geführt würden, um die Widerspruchs- und Klagequote zu senken.

Herr Stoffers teilte mit, dass man im Bereich der Klagen und Widersprüche Rückstände aufgearbeitet habe und grundsätzlich im Vorfeld das klärende Gespräch mit den KundInnen suche.

Zum gemeinsamen Arbeitgeber-Stellenservice ergänzte Herr Stoffers, dass man im

Vertrag eine stärkere Ausrichtung des SGB II-Bereiches erreichen wollte. Der Auftrag an die Leitung zur Konzepterstellung – auch im Hinblick auf die Veränderungen bezüglich des Landkreises Friesland – liege vor und soll umgesetzt werden.

Die mit der Agentur für Arbeit vereinbarten Punkte des Vertrages befänden sich somit in der Umsetzung.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:15 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in